

Meinungsforum

Entwicklungspolitik ist Frauenpolitik!

Frauen in Entwicklungsländern haben wesentlich seltener bezahlte Arbeit als Männer, sie kümmern sich zu 80 Prozent um die Beschaffung von Nahrung und Wasser - unbezahlt. Gleichzeitig dürfen sie oft weder Land besitzen noch ein Erbe antreten. Unter den absolut armen Menschen auf der Erde, das sind jene 1,2 Milliarden Menschen, die von weniger als dem Gegenwert eines US-Dollars pro Tag leben, sind die Frauen weit in der Mehrzahl.

Frauen weisen höhere AnalphabetInnenraten auf, sie sind – mit wenigen Ausnahmen beispielsweise in Ruanda – in politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert, sind nicht in wirtschaftliche Entscheidungsstrukturen eingebunden und haben schlechteren Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen wie dem Gesundheitssystem, Schulen oder Universitäten.

Sie sind von Liberalisierungen öffentlicher Daseinsvorsorge wie etwa der Wasserversorgung besonders betroffen, und obwohl es die Frauen sind, die weltweit überwiegend die Lebensmittel produzieren, sind auch gleichzeitig sie es, die am meisten Hunger leiden, oft weil sie lieber selbst hungern, als dass ihre Familie nichts zu essen hätte. Frauen kümmern sich in der Regel um die Familienangehörigen, pflegen alte Verwandte und ziehen Kinder groß und sind oft aufgrund dieser Aufgabe aber auch generell aufgrund tradierter Rollenzuschreibungen von bezahlter Arbeit ausgeschlossen.

Mittlerweile sind unter den Neuinfektionen mit HIV mehr Frauen als Männer und aufgrund ihrer familiären, sozialen und ökonomischen Situation können Frauen unerwünschten Geschlechtsverkehr oft nicht zurückweisen. Mädchen und Frauen werden genital verstümmelt, gegen ihren Willen mit alten Männern verheiratet, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen ins Ausland verschleppt und dort sexuell missbraucht oder versklavt. Frauen haben keinen Zugang zu Methoden der Geburtenkontrolle oder dem Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten und bekommen oft keine grundlegende Sexualaufklärung in der Schule oder in der Familie. 350.000 Frauen sterben jährlich in Entwicklungsländern während der Schwangerschaft oder der Geburt, sie haben bei Komplikationen keinen Zugang zu medizinischer Versorgung und es sind selten qualifizierte Hebammen verfügbar. 212 Millionen Frauen haben keinen Zugang zu modernen Verhütungsmethoden, obwohl sie gerne Familienplanung betreiben würden.

Frauen fehlen materiellen Ressourcen, sie verfügen seltener über Konten oder technische Hilfsmittel als Männer – lediglich bei der Vergabe von Mikrokrediten werden sie bevorzugt, weil sich erwiesen hat, dass Frauen Geld so investieren, dass die gesamte Gemeinschaft etwas von ihrer Tätigkeit hat und sie Kreditraten wesentlich verlässlicher zurückzahlen, als Männer das tun. Und jene Frauen, die im Ausland arbeiten, überweisen einen höheren Prozentsatz ihres Einkommens nach Hause an die

zurückgebliebenen Familien, als ihre männlichen Schicksalsgefährten.

Frauen stehen oft vor unüberwindlichen Hürden wenn es um den Zugang zu Recht und Justiz geht, sie sind als erste und am schlimmsten von Naturkatastrophen betroffen und oft geht die darauf folgende Hilfe an ihren Bedürfnissen schlichtweg vorbei. Gerade nach Katastrophen oder während kriegerischen Auseinandersetzungen sind Frauen massiv von Gewalt betroffen, die oft strategisch eingesetzt wird. Mädchen werden als Kindersoldatinnen verschleppt und als Kanonenfutter und Sexsklavinnen für Heeresführer missbraucht. Gerade Frauen, denen ein solches Schicksal durch Verschleppung widerfahren ist und dieses überleben, bleiben von ihren Familien und ursprünglichen Gemeinschaften auch nach ihrer Rückkehr ein Leben lang ausgeschlossen und vegetieren als Bettlerinnen und Bittstellerinnen am Rande der Gesellschaft dahin.

Diese Fakten zeigen, dass bei allen Bemühungen im Bereich der Außen- und Entwicklungspolitik die Nöte und Bedürfnisse von Frauen speziell anzusprechen sind. Ohne dass wir Frauen – als meist die Schwächsten in sich entwickelnden Gesellschaften – mit unserer Politik empowern, fördern und die dementsprechenden politischen Rahmenbedingungen schaffen, wird keine grundlegende und zukunftsfähige Entwicklung dieser Länder möglich sein. Die Erhöhung der bilateralen Entwicklungsgelder im Jahr 2015 in einem wesentlich kleineren Ausmaß, als sie zuvor gekürzt worden sind, wird an der tristen Situation der Frauen dieser Welt wohl keine maßgebliche Änderung bringen.

Zur Person:

Petra Bayr ist SPÖ-Sprecherin für Umwelt und globale Entwicklung (petra.bayr@spoe.at). Mehr Infos zum Thema unter: www.petrabayr.at.

[« zurück zur Übersicht](#)

Gefällt mir (24).



Ernst Ranftl meint am Donnerstag, 09. Juni 2011

Ich habe als Friedensaktivist mit Zigeunern zu tun. (Die Bezeichnung Zigeuner ist hier absichtlich gewählt, weil sie als meine Freunde es ausdrücklich so wollen) Das heißt ich bringe Hilfsgüter in rumänische Dörfer, Kinderheime und Romasiedlingen. Als meine rechte Hand und Sprecherin der Roma habe ich Petreana gewählt. Eine Romni mit der ich sehr gut kommuniziere und die gerechte Verteilungspolitik vor Ort gewährleistet. Ich selbst bin Soldat und für mich ist diese Zusammenarbeit völlig normal. Es wird nicht lang wegen Benachteiligung der Frauen bei den Roma diskutiert und es läuft prima. Allein die gemeinsame Arbeit für die Armen zählt.

